

## **Kommentar zum TV-Artikel „2111 rote Hände als Protest“ vom 16.02.13**

Ohne Zweifel sind die 2111 roten Hände der Trierer Schüler/innen ein erster Schritt in die richtige Richtung, ihren Protest gegen den weltweiten Einsatz von ca. 250.000 Kindersoldaten (wovon ca. 1/3 Mädchen sind) zum Ausdruck zu bringen. Zweifellos ist diese „Empörung“ noch der geringste Ausdruck, zumal die roten Hände nur auf ein Stück (sehr geduldiges) Papier gedruckt wurden und nicht – wie eigentlich notwendig – auf die blanke Stirn der verantwortlichen Politiker/innen. Denn nur nebenbei berichtet der TV-Artikel, dass mit der Aktion des internationalen „Red-Hand-Days“, der erstmals im Jahre 2009 in Deutschland ins Leben gerufen wurde und sich bis heute in mehr als 50 Ländern entfaltet hat, „Forderungen“ verbunden sind, die sich keineswegs nur auf ausländische Länder (und Kontinente: Afrika, Asien und Lateinamerika) beziehen, in denen Kindersoldaten - meist im Alter zwischen 13 und 17 Jahren – eingesetzt werden, sondern ganz konkret auch auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen sind. Ich weiß nicht, ob der Trierer Oberbürgermeister K. Jensen weiß, worauf er sich eingelassen hat, wenn er den Schüler/innen zusagt, sich „für die Forderungen der Aktion Rote Hand einzusetzen und politische Initiativen dazu in die Weg in leiten“ (TV, 16.02.13)? Es geht bei Leibe nicht nur darum „auf das Leid der Kindersoldaten aufmerksam zu machen“ (TV, ebd.), wie der TV berichtet. Eben so wenig genügt es, die „Empörung“ der Trierer Schüler/innen vom Rathaus der Stadt Trier aus bloß nach Brüssel ins Europarlament weiterzuleiten, sondern es gilt vor allem „stärkeren Druck auf die Regierungen“ (TV, ebd.) auszuüben, „um die schrecklichen Verbrechen an den Kindern zu stoppen“ (TV, ebd.). – Aus bei diesen ganzen Absichten aber unausgesprochen bleibt, ist, dass die „Verbrechen an den Kindern“ nicht nur im Ausland geschehen, sondern auch (wenn auch nur auf vermeintlich anderer Ebene) in Deutschland und in Trier selbst.

So lauten die Forderungen des „Red-Hand-Days“ (vgl. Infos: [www.redhanddday](http://www.redhanddday), 29.01.13), die ich in meinem Unterricht am MPG in jeder Klassenstufe eigens thematisiert habe, weltweit:

1. „Kein Kind unter 18 Jahren darf in Armeen, bewaffneten Gruppen oder anderen militärischen Verbänden eingesetzt oder geschult werden“ (Infos, ebd.).

### **Für die Bundesrepublik Deutschland folgt daraus:**

1. „Stopp der Rekrutierung 17-jähriger Minderjähriger in die Bundeswehr. Erhöhung des Mindestalters auf 18 Jahre!“ (Infos, ebd.)
2. „Bestrafung der Verantwortlichen: Personen, Staaten, und bewaffnete Gruppen, die Kinder rekrutieren müssen öffentlich benannt und bestraft werden“ (Infos, ebd.).

### **Für die Bundesrepublik Deutschland folgt daraus:**

2. „Stopp von Werbungen der Bundeswehr, die sich gezielt an Minderjährige an Schulen richtet“ (Infos, ebd.).
3. „Versorgung, Schutz und Hilfe für geflohene Kindersoldaten: Medizinische und psychologische Versorgung, Schutz vor erneuter Rekrutierung, sowie schulische und berufliche Ausbildung sind für alle ehemaligen Kindersoldaten lebenswichtig – gerade auch wenn sie als Flüchtlinge in andere Länder kommen“ (Infos, ebd.).

### **Für die Bundesrepublik Deutschland folgt daraus:**

3. „Friedenserziehung verbindlich in den Lehrplänen und Lehrerfortbildungen zu verankern“ (Infos, ebd.).

4. „Gewährung von politischem Asyl: Ehemaligen Kindersoldaten muss in allen Ländern, in die sie geflohen sind, Schutz und politisches Asyl gewährt werden“ (Infos, ebd.).

**Für die Bundesrepublik Deutschland folgt daraus:**

4. „Gewährung von politischem Asyl und Unterstützung: Ein sicherer Aufenthaltsstatus, medizinische und psychologische Versorgung sowie schulische und berufliche Bildung sind für sie lebenswichtig. Hier gibt es Deutschland große Probleme!“ (Infos, ebd.).

5. „Stopp von Waffenexporten: Waffen (insbesondere Kleinwaffen), Waffenteile und Munition dürfen nicht mehr in Krisenregionen exportiert werden. Auch die illegalen Umwege , über die (auch deutsche) Waffen in Krisenländer gelangen, müssen dicht gemacht werden. Stopp der Vergabe von Waffenproduktionslizenzen ins außereuropäische Ausland und Stopp des Exports von Waffen in Drittländer, die die Waffen in Krisenländer weiterleiten“ (Infos, ebd.).

**Für die Bundesrepublik Deutschland folgt daraus:**

5. „Stopp aller deutschen Rüstungsexporte. Deutschland ist besonders in der Pflicht, es ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur“ (Infos, ebd.).

Soweit die Forderungen des „Red-Hand-Day“!

Was folgt daraus aber für die Stadt Trier?

So ist es nur schwer mit diesem Forderungskatalog vereinbar, dass an einigen Trierer Gymnasien bei sog. „Berufsinformationsveranstaltungen“ für Abiturienten selbstverständlich auch Offiziere der Bundeswehr ihr Betätigungsfeld so darstellen, als wäre es dasselbe, ein Studium oder einen Beruf in der freien Wirtschaft zu ergreifen und dementsprechend „berufstätig“ zu Handeln.

Nicht einzusehen ist etwa auch, wie der Oberbürgermeister auf der einen Seite den mehrere Millionen Schwere Ausbau des „Militärtechnischen Entwicklungsgeländes“ auf dem Grüneberg in Trier-Kürenz für die Trierer Wirtschaft begrüßen kann , auf dem „Waffensysteme“ erprobt und vervollkommen werden (vgl. TV-Berichte), und auf der anderen Seite gegenüber den Schüler/innen überlegt, wie die „Rote-Hand-Aktion“ auch „auf das Foyer des Rathauses auszuweiten [sei, um] so noch mehr Trierer Bürger auf das Leid der Kindesoldaten aufmerksam zu machen“ (TV, ebd.). Wer so redet, muss extremen Abspaltungen in seinem Gewissen zugänglich sein, denn sonst wüsste er um die weiter oben dargestellten Zusammenhänge zwischen dem „Einsatz von Kindersoldaten“ im Ausland und der besonderen Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere auch die Stadt Trier dabei nicht nur bei den Waffenexporten spielt!

Zudem müssen die Trierer Asylgerichte ihre übergeordneten Dienstvorlagen überdenken. In einem Fall, der unmittelbar vor dem Aktionstag gegen die Kindersoldaten entschieden wurde, bedauerte die Richterin ihr Urteil zwar, machte aber auch unmissverständlich deutlich, dass, wenn sie in diesem Fall nach Maßgabe der Akten, der Anhörung und nach Beurteilung der politischen Situation in Afghanistan durch das Auswertige Amt anders entscheiden würde, ihre Urteil von übergeordneten Gerichten sowieso aufgehoben würde, was vermieden werden können. Ihr Urteil fiel also für den betroffenen Afghanen ablehnend aus. Vor dem Hintergrund der Forderungen, die der „Red-Hand-Day“ aber formuliert (siehe oben), hätte das Urteil auch anders aussehen können (müssen)! Der betroffene junge Mann hätte zumindest nach der internationalen „Flüchtlingsgesetzgebung“ eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten müssen, weil er als minderjähriger „Vollwaise“ zunächst bei der Armee gegen die Taliban „gearbeitet“ habe, bevor er über den Iran nach Deutschland floh, mit dem Ziel, hier eine Schul- und Berufsausbildung machen zu wollen, was in Afghanistan derzeit unmöglich

sei. Nicht zuletzt aber auch, weil der junge Mann ausgerechnet aus Kundus kann, einem Ort, in dem die bekanntermaßen die Deutsche Bundeswehr für Ruhe und Ordnung sorgt, und das Auswertige Amt zudem der Meinung ist, dass zumindest Kundus ein „sicherer Ort in Afghanistan“ sei, wurde seinem Antrag nach einer Aufenthaltserlaubnis für eine Schul- und Berufsausbildung in Deutschland nicht (!) stattgegeben. Er könne in Kundus sowohl eine Schulausbildung als auch eine Berufsausbildung (seiner Wahl) machen, weil dort deutsche Bundeswehrangehörige für die nötige Sicherheit sorgten!

Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was die Forderungen des Aktionsbündnisses zum Ausdruck bringen und besonders auch in Deutschland durch den Aktionstag umgesetzt wissen wollen, mit dem Ziel, dass sich die Zahl der Kindersoldaten weltweit reduziert. „Lokal handeln, global denken“ heißt das Zauberwort auch der Trierer Lokalen Agenda, die sich politischer Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen. – Nicht so in Trier, wie dieser Fall konkret aufzeigt.

Allein diese drei Punkte, die konkret auf die Stadt Trier bezogen sind, zeigen, welche Welten zwischen einem Engagement für den „Red-Hand-Day“ einerseits und einem Engagement „für den Frieden weltweit“ liegen sowie andererseits zwischen konkreten Folge-Aktionen bezüglich der realen Umstände in der Stadt Trier und dem freilich „guten Willen“, die 2111 Handabdrucke der Schüler/innen an verantwortliche Politiker weiterzuleiten.

Hier ist noch viel - und vor allem sehr viel differenziertere - Arbeit und Berichterstattung zu leisten!